

MARODE INFRASTRUKTUR

INVESTITIONSTAU SCHWÄCHT DAS LAND

Der Investitionsstau in Hessen gefährdet aus Sicht des finanzpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion **Norbert Schmitt** die Zukunft des Landes. „Angemessene Investitionen des Landes sind notwendig, um den Wirtschaftsstandort attraktiv zu gestalten und so Wachstum und Beschäftigung zu fördern.“ Insbesondere im Wohnungsbau, beim Straßenbau, im öffentlichen Nahverkehr und bei den kommunalen Investitionen bestehe erheblicher Bedarf.



Hessen habe im Vergleich der Bundesländer die drittschlechteste Investitionsquote. „Die Folgen sind überall sichtbar: marode Landes- und Kommunalstraßen, kaputte Brücken, Wohnungsmangel, unzureichende Breitbandversorgung im ländlichen Raum und der Verfall öffentlicher Einrichtungen, insbesondere bei finanzschwachen Kommunen.“ Hessen lebe von der Substanz. Die Landesregierung beziffere den Werteverzehr bei den Landesstraßen auf 170 Millionen Euro jährlich. Es würden aber nur 90 Millionen Euro pro Jahr investiert.

ES FEHLT AN ALLEN ECKEN ...

Eine schwere Hypothek für Hessens Zukunft ist der große Investitionsstau im Land.

- Die Investitionen in Hessen haben Tiefststände erreicht.
- Allein bei den Straßen beträgt der Sanierungsstau 4 Milliarden Euro.
- Das Land stellt nur 90 Millionen Euro für den Landesstraßenbau bereit.
- Gar keine echten Landesmittel gibt es für den ÖPNV.
- Schon heute fehlen 65.000 Wohnungen.
- Ohne Landesmittel lahmt der Ausbau des Breitbandnetzes.
- Von ohnehin kargen 10 Millionen Euro für „Dorf- und Regionalentwicklung“ wurden 40 Prozent nicht bewilligt.
- Aufgrund schwarz-grüner Kommunalfeindlichkeit liegen die kommunalen Investitionen auf dem tiefsten Stand seit den 90-er Jahren.



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

VIELE SPD-ABGEORDNETE UNTERSTÜTZTEN DIE DEMO DER BESCHÄFTIGTEN

SCHWARZ-GRÜN IGNORIERT PROTEST

Völlig ungerührt vom massiven Protest der hessischen Beamtinnen und Beamten hat die schwarz-grüne Koalition ein neues finanzielles Sonderopfer beschlossen. Während die Tarifbeschäftigten des

Landes in zwei Jahren 4,4 Prozent mehr Gehalt bekommen, werden Beamtinnen und Beamte nach einer Nullrunde im Vorjahr mit einem Prozent abgespeist. *Mehr zur Landtagsdebatte auf Seite 4.*



GRAFIK: HÄUSL-DAVID, FOTO: DAVID FRANKLIN

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

ZU WENIG LANDESFÖRDERUNG FÜR KITAS

Hessen hält unter den westdeutschen Flächenländern die rote Laterne, wenn man sich die Personalstandards in den Kitas anschaut. Das ergibt der Ländermonitor Frühkindliche Bildung der Bertelsmann-Stiftung. **Gerhard Merz** kritisierte, die Fortschritte blieben hinter denen anderer Bundesländer zurück. „Das Kinderförderungsgesetz (KiföG), das die Standards für die frühkindliche Bildung in Kitas und vor allem deren Finanzierung im Rahmen der Landesförderung regelt, stellt die notwendige Qualität nicht sicher, weil es betriebswirtschaftliche Aspekte in den Mittelpunkt stellt und nicht die Erfordernisse von Kindern, Eltern und Personal. Entscheidend ist die Fachkraft-Kind-Relation und die ist in Hessen nach wie vor unterdurchschnittlich.“



ENTSCHEIDEND FÜR DEN ERFOLG FRÜHKINDLICHER BILDUNG IST DIE FACHKRAFT-KIND-RELATION. HIER LIEGT HESSEN HINTEN.

„NEIN HEISST NEIN“ WAR ÜBERFÄLLIG

Zur vom Bundestag beschlossenen Veränderung des Sexualstrafrechts sagte **Heike Hofmann**: „Der 7. Juli diesen Jahres ist ein historisches Datum für die Opfer von Sexualdelikten, welche häufig Frauen sind. Der Deutsche Bundestag hat den Grundsatz „Nein heißt Nein“ einstimmig im Sexualstrafrecht verankert und damit einen längst überfälligen Paradigmenwechsel vollzogen.“ Damit mache sich bald nicht nur strafbar, wer Sex mit



Gewalt oder Gewaltandrohung erzwingen wolle, sondern es reiche aus, dass der Täter sich über den erkennbaren Willen des Opfers hinwegsetze. Auch sexuelle Belästigung werde unter Strafe gestellt.

KLÖCKNER-KRITIK TRIFFT SCHÄFER

In der Aktuellen Stunde zum gescheiterten Verkauf der rheinland-pfälzischen und hessischen Anteile am Flughafen Hahn an einen chinesischen Investor hat **Marius Weiß** die Mainzer Oppositionsführerin Julia Klöckner als „größte Kritikerin des hessischen Finanzministers Thomas Schäfer“ bezeichnet. „Jede Kritik der rheinland-pfälzischen CDU am Hahn-Verkauf trifft auch die CDU-geführte Landesregierung in Hessen. Finanzminister Schäfer hat im Haushaltsausschuss klargestellt, dass sein Haus im regelmäßigen



Austausch mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung über die Verhandlungen war.“

KLIMASCHUTZ ALS CHANCE

„Die FDP macht den alten Fehler, Ökonomie und Ökologie gegeneinander auszuspielen, anstatt den Klimaschutz auch als Chance für die Wirtschaft zu sehen“, sagte der umweltpolitische Sprecher **Timon Gremmels** in der Debatte zum Klimaschutz. Gerade in der Umwelttechnologie könnten neue Jobs auch für die hessische Industrie im In- und Ausland geschaffen werden. „Wer wie die FDP will, dass alles bleibt, wie es ist, erweist der hessischen Wirtschaft einen Bärendienst. Dann werden in naher Zukunft andere Länder mit innovativen Technologien in diesem Bereich an Hessen und Deutschland vorbeiziehen.“



UNGLEICHHEIT IST SPRENGSTOFF

Verlorenes Vertrauen in die Europäische Union und die europäische Idee kann aus Sicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel nur durch Stabi-

lität zurückgewonnen werden. Er sagte in der Brexit-Debatte des Landtags: „Wir haben aus dem Blick verloren, was auf dem

Spiel steht – Europa ist ein Friedensprojekt und damit in allererster Linie den Menschen verpflichtet. Allen Menschen. Egal, ob sie auf Lesbos, auf Lampedusa oder in London leben.“

Die soziale Ungleichheit in Europa nannte Schäfer-Gümbel

„unkalkulierbaren Sprengstoff“. „Wenn jeder zweite Mensch unter 25 Jahren in Spanien arbeitslos ist und in Griechenland und Portugal das Sparen wichtiger wird als das

Investieren, kann das Leben nicht besser werden. Doch das muss unser Anspruch sein.“

Schäfer-Gümbel sprach sich dafür aus, die europäische Bankenaufsicht nach Frankfurt zu holen. Die Angst vor steigenden Mieten in Frankfurt sei berechtigt. Die Landesregierung unternehme zu wenig, um den Bedarf an Wohnungen zu decken. Und mit den täglichen Staus rund um Frankfurt lasse sich



FOTO: MARTINA HAUSL-DAVID

BREXIT-DEBATTE - DIE FOLGEN FÜR HESSEN SIND NOCH OFFEN

keine Standortwerbung betreiben. Die Fusion von London Stock Exchange und Deutscher Börse wertete Schäfer-Gümbel unter den bislang ausgehandelten Bedingungen als erledigt. Noch völlig offen seien die weiteren wirtschaftlichen Folgen eines Brexits für die hessische Wirtschaft. „Der Brexit wird auch zu einer großen industriepolitischen Frage. Dazu haben wir heute vom Ministerpräsidenten nichts gehört.“

BESSERE BEDINGUNGEN FÜR RETTUNGSDIENSTE

Großes Lob für die Arbeit der Rettungsdienste in Hessen hat die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Dr. Daniela Sommer** mit der Forderung verbunden, ihnen vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen. Für Eigenlob der Koalition gebe es

keinen Anlass. Durch den demografischen Wandel altere die Gesellschaft mit der Konsequenz, dass die Zahl der Rettungseinsätze rapide ansteige, weil sich der medizinische Versorgungsbedarf erhöhe. Besonders in ländlichen Regionen bedürfe es auf dem Gebiet der Notfall-Medizin enormer Anstrengungen. „Wir vermissen auch Maßnahmen zur Verbesserung der Hilfsfristen.“



DER SONNTAG BLEIBT GESCHÜTZT

Der Hessische Landtag hat einen Vorstoß der FDP abgelehnt, die Ladenöffnung an Sonntagen zu erleichtern. **Wolfgang Decker** sagte dazu „Der Sonntag bleibt geschützt, und das ist gut so. Es gibt für eine Lockerung des Gesetzes nach wie vor keinen gesellschaftlichen Konsens.“

Deshalb werde es auch künftig nicht mehr als vier verkaufsoffene Sonntage geben, die mit einem festen Ereignis verbunden sein müssten. „Die SPD hat sich von Anfang an gegen eine Änderung ausgesprochen, weil wir uns dem Schutz der Beschäftigten und den Interessen der Vereine und Kirchen verbunden fühlen“, sagte Decker in der abschließenden Gesetzeslesung.



TIERSCHUTZVERBÄNDE RECHTLICH STÄRKEN

Die SPD fordert die Schaffung eines Verbandsklagerechts im Tierschutzbereich. „Zwar ist der Tierschutz in Hessen ein Verfassungsziel, dieses Ziel bleibt jedoch ein Muster ohne Wert, wenn es nicht auch einklagbar ist“, sagte **Regine Müller** zum SPD-

Gesetzentwurf. Da klar sei, dass Tiere als unsere Mitgeschöpfe zur Durchsetzung ihrer Rechte nicht in der Lage seien, müsse eine Möglichkeit geschaffen werden, dass anerkannte Tierschutzverbände quasi stellvertretend ein Klagerecht erhielten. Schließlich habe man es hier mit einem weiten Feld zu tun, sei es bei Nutztieren, Zirkuswildtieren, bei Tierversuchen oder Tiertransporten.



LETZTER AKT FÜR SCHWARZ-GRÜNES DIKTAT

In namentliche Abstimmung hat die schwarz-grüne Koalition das Besoldungsgesetz durchgepaukt, das für Beamtinnen und Beamte grundsätzlich ein mageres Prozent Gehaltserhöhung vorsieht. „Das zeigt noch einmal wie gering Schwarz-Grün die Arbeit der Beamtinnen und Beamten einschätzt“, sagte **Günter Rudolph**. Trotz massiver Proteste fast aller Beamtinnen und Beamten, der Gewerkschaften und Berufsverbände in Hessen setzten CDU und Grüne



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

ihr Besoldungsdiktat durch. Die SPD fordere hingegen die Übertragung des Tarifergebnisses der Jahre 2015 und 2016 in Höhe von insgesamt 4,4 Prozent für alle hessischen

Beamten und Beamtinnen. Rudolph sagte: „Wertschätzung kommt nur in Sonntagsreden vor. Die Personalgewinnung für hessische Behörden wird immer schwieriger, wie insbesondere die kommunalen Arbeitgeber mitteilten. Schlechtere Besoldung und die bundesweit längste Wochenarbeitszeit von 42 Stunden machen den öffentlichen Dienst in Hessen nicht attraktiv.“

Die SPD-Fraktion hat den unsozialen Gesetzentwurf klar abgelehnt.

DENKMALSCHUTZ

Die SPD setzt sich für ein klares und durchsetzungsfähiges Denkmalschutzgesetz ein. Dabei müsse die Abwägung von Denkmalschutz und Klima- und Ressourcenschutz eine große Rolle spielen, sagte **Ulrike Alex**. Zwar muss dem Denkmalschutz Rechnung getragen werden, er dürfe aber nicht genutzt werden, um Anlagen für erneuerbare Energien zu verhindern. Reine Grußadressen an das Ehrenamt blieben hingegen ohne praktische Auswirkungen für den Denkmalschutz.



Der landwirtschaftspolitische Sprecher **Heinz Lotz** hat die schwarz-grüne Landesregierung aufgefordert, zur Bewältigung der Krise in der Landwirtschaft mit der Opposition an einem Strang zu ziehen. „Wenn es um den Erhalt und die Förderung der hessischen



Landwirtschaft geht, sind wir bereit, konstruktiv mit der Landesregierung zusammen zu arbeiten. Das haben wir in der Vergangenheit immer wieder wiederholt, doch leider hat Ministerin Hinz darauf bislang nie reagiert. Es wäre schön, wenn sie über ihren eigenen Schatten springen könnte, denn die Lage in der hessischen Landwirtschaft ist ernst.“

HALBZEITBILANZ IN HESSEN

SCHWARZ-GRÜN REGIERT MAUSGRAU



Foto: Vera Kuttelvaserova - Fotolia



LANDTAGSFRAKTION

ZU GUTER LETZT: IN DIESEN TAGEN IST HALBZEIT FÜR SCHWARZ-GRÜN IN HESSEN. DIE SPD-FRAKTION HAT IHRE BEWERTUNG DER REGIERUNGSARBEIT IN DIESEM KLEINEN BILD ZUSAMMENGEFASST.

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Gerfried Zluga-Buck
 Martina Häusl-David